

Riesauer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegraphische Anzeiger
Tageblatt, Riesau.

Beispriechstelle
Nr. 20

Amtsblatt

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesau.

Nr. 296.

Donnerstag, 21. December 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesau und Straßa, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabestages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesau. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herr Schmidt in Riesau.

Öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses

Freitag, den 29. December 1893, Nachmittags 3 Uhr

im Verhandlungslokal der königlichen Amtshauptmannschaft.
Die Tagesordnung hängt im Anmeldezimmer der Kanzlei zur Einsichtnahme aus.
Großenhain, am 19. December 1893.

Die königliche Amtshauptmannschaft.

A. 301.

v. Wilucki.

Bekanntmachung.

Eingegangen sind folgende Gesetze, welche in der Rathsexpedition eingelesen werden können:
Bekanntmachung, betreffend den Ausruf und die Einziehung der Noten der Städtischen Bank zu Breslau. Vom 19. November 1893. Bekanntmachung, betreffend die Nachmittagspausen der in Spinnereien beschäftigten jugendlichen Arbeiter. Vom 8. December 1893. Bekanntmachung, betreffend Ergänzung und Abänderung der Anlage B zur Verkehrs-Ordnung für die Eisenbahnen Deutschlands. Vom 15. December 1893. Verordnung, die Abtretung

von Grundbesitz zum Erbauung einer normalspurigen Eisenbahn von Chemnitz durch das Wärschnitzthal nach Stollberg betreffend; vom 4. November 1893. Bekanntmachung, die Lehr- und Prüfungsordnung für die Realgymnasien betreffend; vom 13. November 1893. Verordnung, die Beförderung von Petroleum in Kasten Schiffen auf der Elbe betreffend, vom 1. November 1893.

Riesau, den 21. December 1893.

Der Stadtrath.

J. B.: Schwarzenberg, Stadtrath.

Freibank Riesau,

Kastanienstraße 44, im Hofe.

Das Fleisch eines Kalbes gelangt am 22. dieses Monats (Freitag) von Vormittags 8 Uhr ab auf der Freibank zum Preise von 45 Pf. pro Pfund zum Verkauf.

Riesau, den 21. December 1893.

Der Stadtrath.

J. B.: Schwarzenberg, Stadtrath.

Deutliches und Sächsisches.

Riesau, 21. December 1893.

— Wie fast regelmäßig jedes Jahr vor Weihnachten, so ist auch diesmal wieder über im Stadtpark verübten Baumfrevel zu berichten. Es sind in diesen Tagen die Wipfel zweier Edelbäume von ruckloser Hand abgesägt worden, um dieselben voraussichtlich zu Christbäumen zu verwenden, und hat der Thäter, um den Schaden zu verdecken und vom Wege aus unsichtbar zu machen, noch gezeichnete That die frische Schnittfläche an dem Baumstumpf mit Koth verschmiert. Im vorigen Jahre sind nicht weniger als 14 solcher Wipfel abgeschnitten worden und natürlich werden dazu immer die am schönsten gewachsenen Bäume ausgesucht. Ein solcher der Krone beraubter Tannen- oder Fichtenbaum bietet ein trauriges Bild dar und der Anblick wirkt um so drückender, wenn, wie dies in einer und zwar der schönsten Tannengruppe der Fall ist, gleich nahezu ein Duzend solcher Baumstümpfe nebeneinander stehen. Trotz aller Aufsicht und Wachsamkeit ist es bisher leider noch nicht gelungen, einen solchen Baumfrevler auf frischer That zu erwischen, und es mag dies auch schwer halten, da diese Leute natürlich die größte Vorsicht gebrauchen und ihren Raub nur zur Nachtzeit ausführen. Welche Freude aber, so fragt man sich billig, mag einem Menschen am heiligen Abend der brennende Christbaum gewähren, wenn er sich sagen muß, daß gestohlenes Gut vor ihm steht und daß er den Baum auf dem Marke für wenige Groschen hätte kaufen können! Der Frevler ist um so abscheulicher und verdammungswürdiger, als im Stadtpark in dem kalten, thönigen und dabei trockenen Boden das Nadelholz ohnehin schwer fortkommt und die angepflanzten jungen Bäume nach kurzer Zeit immer massenhaft eingehen. Ist nun doch ein solches Bäumchen bei sorgfamer Pflege nach vielen Jahren zur stattlichen Größe geblieben, so kommt ein solcher Baumräuber und schneidet den schönen Baum ab. Im Interesse unseres Verschönerungsvereins, der sich die Pflege des Stadtparks angelegen sein läßt, und im Interesse aller Freunde und Besucher des Parks, die sich an den Anblick der jungen Anpflanzungen erfreuen, ist es dringend zu wünschen, daß einer der Frevler einmal auf frischer That ertappt würde, um zur Bestrafung gezogen zu werden. Einer exemplarischen Strafe dürfte sich derselbe versichert halten.

— Bei hiesiger Polizei ist zur Anzeige gebracht, daß am 18. ds. Mts. abends 1/9 Uhr der Deconomie-Handwerker Richard Albin Beyoldt vom 3. Artillerie-Regiment Nr. 32, geboren in Jischkau, Amtshauptmannschaft Plauen i. V., sich entfernt hat und, da derselbe bis jetzt nicht zurückgekehrt ist.

— Bei der vorgestern auf Jahnschäufener Revier stattgefundenen großen Jagd sind zur Strecke gebracht worden 285 Hasen und 19 Fasanhähne.

— Das Ministerium des Innern giebt heute bekannt, daß zu der durch die Verordnungen vom 15. December 1891 eingeführten zwölften Auflage der Arzneitaxe und siebenten Auflage der thierärztlichen Arzneitaxe für das Königreich Sachsen Nachträge auf das Jahr 1894 aufgestellt und an die Apotheker, sowie an die Bezirksärzte und Bezirkstherapeuten des Landes verteilt worden sind. Diese Nachträge

sind in der Hofbuchdruckerei von C. C. Meinhold & Söhne in Dresden und zwar der Nachtrag zur Arzneitaxe für 25 Pf. und der Nachtrag zur thierärztlichen Arzneitaxe für 15 Pf. käuflich zu haben.

— Ueber die socialdemokratischen Umtriebe in den Turnvereinen läßt sich Herr Oberlehrer Lorenz Held in Jittau in der deutschen „Turnzeitung“ mit folgenden trefflichen Worten aus: „Daß bei Turnfesten und anderen Zusammenkünften der Turner socialdemokratische Grundzüge und Bestrebungen geltend gemacht worden sind, ist tief zu beklagen. Unsere Turnplätze und Turnhallen, unsere turnerischen Versammlungen sollen rein gehalten werden von Bestrebungen einer bestimmten politischen Partei. Der Turnplatz soll eine Stätte politischen Friedens sein, er soll dem ganzen deutschen Volke, das leider in so viele politische und religiöse Parteien getheilt ist, offen stehen; da sollen Reich und Arm, der Gelehrte und Ungelehrte gleiche Rechte und Pflichten haben; da sollen alle mit einander wetzeln in der aufopfernden Liebe zum Genossen, in treuer Hingabe an das Vaterland, in reiner Sitte, in Anerkennung jeder ehrlichen Arbeit und in der Duldung jedes religiösen Bekenntnisses. So haben wir es gehalten seit Gründung der deutschen Turnerschaft. Auf dem Turnplatz in der Hasenheide in Berlin war es unter dem Turnoater Jahr ebensol. Die Liebe zum deutschen Volke und zum deutschen Vaterlande veranlaßte J. L. Jahr zur Gründung von Turnplätzen. Mit derselben Liebe kämpften und starben Körner und Friesen fürs Vaterland. Solche Vaterlandsliebe wollen und sollen wir auf unseren Turnplätzen auch heute noch pflegen. Wenn uns deswegen die Socialdemokraten als Reactionäre tadeln, so soll uns das nicht stören. Solcher Tadel ist für uns ein Lob. Jahr, Arndt, Friesen würden, wenn sie heute lebten, nichts wissen wollen von den vaterlandslosen Socialdemokraten.“

Vom Landtag. Die Erste Kammer trat gestern erstmalig in die Berathung des ordentlichen Staatshaushalts-Etat ein. Präsident v. Könniger ertheilte zur Generaldebatte zunächst das Wort Herrn Rittergutsbesitzer Pely. Derselbe sagte seine Wünsche dahin zusammen, daß man möglichs Sparsamkeit in unproduktiven Ausgaben (hierzu rechne er unrentable Eisenbahnen) walten lassen möge, und daß die Staatsregierung ihren Einfluß dahin geltend machen möge, daß im Reich ein weiterer Ausbau der indirekten Steuern bewirkt werde und daß eine schnellere Tilgung der Staatsschulden stattfinden möchte. Rittergutsbesitzer von Waidorf-Störmtal wendete sich ebenfalls gegen die Einstellung regelmäßiger Ausgaben in das außerordentliche Budget und die Einschränkung der Amortisation der Staatsschulden. Für die Schuldentilgung werde er nur dann stimmen können, wenn die Ausgaben, welche jetzt ausnahmsweise auf den außerordentlichen Etat gesetzt seien, wieder im ordentlichen Etat eingestellt werden könnten. Was das Dekret Nr. 18 und die neue Steuerstala betreffe, so besäit Redner die zu große Belastung der Mittelklassen und schlug einen 20proz. Zuschlag zur Einkommensteuer als Deckungsmittel vor. Es erschiene eine Weiterbelastung einzelner Klassen zum Zwecke der Deckung höheren Bedarfs ungerecht. Redner hält die neue Einkommensteuervorlage für überpastet. Generalconsul Geh. Kommerzienrath Thiemme warnte ebenfalls vor einer theilweisen und zu schnellen Steuerreform, zumal man die Bedürfnisse so lange nicht übersehen könne, bis die Finanz-

reform im Reich beendet sei. Weiter warnte er vor zu scharfer Progression und der zu hohen Heranziehung der Aktiengesellschaften und empfiehlt die Bedürfnisse der Dotation entweder durch indirekte Steuern, die nicht notwendige Lebensbedürfnisse belasten, oder durch Zuschläge zu beschaffen. Die Amortisation der Staatsschulden dürfe nicht eingeschränkt werden. Dr. v. Wächter bemerkt zu dem Etat, daß die Randgemeinden die Wiedereinführung der Schuldentilgungen mit Dank anerkennen würden; er hätte aber zur Deckung dieser Ausgaben eine Kapitalrentensteuer lieber gesehen, als die jetzt beabsichtigte Deckungsart. Zum Schluß empfahl der Redner Sparsamkeit in den Neubauten in Dresden und den Umbauten der Bahnhöfe. Dr. von Frege erörtert eingehend den Zusammenhang der Reichsfinanzen mit denjenigen der Einzelstaaten und empfiehlt die indirekten Steuern in zwei gleichlaufende Ströme zu leiten, deren einer dem Reich und deren anderer den Einzelstaaten Mittel zuführen möge. Hierbei empfiehlt Redner eine Zeitungs- und Inzeratensteuer, eine Steuer auf Sprengstoffe, Händhölzer, Revolver, Jagdscheine, Champagner u. s. w. Ferner sprach noch Graf Kex; derselbe besäwortete die Beibehaltung der Schuldentilgungen, die Zurückstellung des Einkommensteuergesetzes und Einführung einer Kapitalrentensteuer, schließt sich also den Ausführungen der Vorredner an. Nachdem noch Rittergutsbesitzer Trübscher gesprochen, ergriff Staatsminister von Thimmel das Wort und bemerkte, es sei ihm interessant, daß von keiner Seite gegen die Weitergewährung der Schuldentilgungen Widerspruch erfolgt sei. Wenn Herr Pely gesagt habe, daß man unrentable Bauten vermeiden sollte, so sei er damit vollständig einverstanden. Im Ganzen seien aber gerade die jetzt geplanten Neubauten nicht zu vermeiden. Die Regierung wisse auch sehr wohl, daß viele Eisenbahnen gebaut worden sind, die keine Rente abwerfen, für deren Bau sei aber nicht die Rente allein, sondern auch verschiedene wirtschaftliche Momente ausschlagend gewesen. Das neue Einkommensteuergesetz sei durchaus kein überreiltes Werk, als welches es Herr von Waidorf hingestellt habe. Im Gegenheil sei daran über Jahr und Tag gearbeitet worden, allerdings im letzten Augenblick, wo die Frage an die Regierung herantrat, wie sie die Mittel zur Weitergewährung der Schuldentilgung beschaffen wolle, sei man mit dem fertigen Werke hervorgetreten. Der Herr Minister widerlegt hierauf noch einige von Vorrednern geäußerte Bedenken und bemerkte, daß bei der 1876er Anleihe, die 256 Millionen betrage, allerdings die Amortisationsquote von 1 Proc. auf 1/2 Proc. herabgesetzt werden solle. Bei den gesammten Staatsschulden, die ca. 670 Millionen umfassen, bestöhe aber dann mit Berücksichtigung dieser Herabsetzung eine Amortisation von 1,22 Proc., und man könne doch nicht sagen, daß diese Amortisation zu gering wäre. — Hierauf wurde die allgemeine Statberathung geschlossen und in die Tagesordnung eingetreten. — Dem Antrage der II. Deputation (Berichterstat: Sahret von Sahr auf Dahlen) entsprechend, genehmigte die Kammer einstimmig und ohne Debatte in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der Zweiten Kammer die R. v. 102, 103, 107, 108 und 109, das Ministerium des Auswärtigen, die Gesundheitskassen, Wartegelder und Pensionen u. s. w. betreffend.

Die Zweite Kammer ließ in ihrer gestrigen Sitzung zunächst zwei persönliche Petitionen auf sich beruhen